

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Betriebsausschusses Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten am 18.02.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:44 Uhr
Sitzungsort: Verwaltungssitz des EB DeKiTa,
Gliwicer Str. 1, 06842 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Kuras, stellvertretender Vorsitzender des Betriebsausschusses Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa), eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder und Gäste, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in vorliegender Form mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 1

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2025**

Die Niederschrift vom 09.12.2025 wird unverändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 3

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung am 09.12.2025 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

- 5 Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

6 Beschlussfassungen

6.1 Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) Vorlage: BV/166/2025/IV-DKT

Frau Saupe, Betriebsleiterin des Eigenbetriebes DeKiTa, erläutert anhand einer Präsentation (Anhang 1) die wesentlichen Bestandteile des Wirtschaftsplanes 2026.

Ergänzend führt **Frau Saupe** aus, dass die aktuellen vertraglichen Grundlagen mit dem Jugendamt, die Tarifsteigerung ab Mai 2026 bislang nicht abfedern, folglich muss hier eine gesonderte Vereinbarung getroffen werden. Weiterhin sollen entsprechende Zusatzvereinbarungen für alle Einrichtungen ausgehandelt werden. Die mit Datum am 03.11.2025 und 04.11.2025 für die Kita „Farbkleckse“ und Kita „Am Georgengarten“ eingereichten Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen (LEQ) konnten aktuell noch nicht positiv mit dem Jugendamt abgeschlossen werden. Die im Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau nicht abgebildete Position in Höhe von 194 T€ resultiert aus den beantragten, noch nicht bewilligten LEQ-Vereinbarungen für den Hort „Pestalozzi“.

Der im Wirtschaftsplan ausgewiesene Zuschuss für den baulichen Unterhalt in Höhe von 0,34 Mio € dient der Ertüchtigung der ehemaligen Kinderkrippe „Bussi Bär“. Hier erfolgte eine Differenzierung zwischen Investitions- und baulichen Unterhaltsaufwendungen, welche ebenfalls im Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau abgebildet sind.

Zum jetzigen Zeitpunkt geht der Eigenbetrieb DeKiTa von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus, soweit die offenen LEQ-Vereinbarungen mit dem Jugendamt positiv abgeschlossen werden können. Um künftig die Verhandlungen und Antragstellungen gegenüber dem Jugendamt kontinuierlich und rechtskonform vornehmen zu können, wurde die Stelle Sachbearbeiter Entgeltverhandlungen / Controlling geschaffen. Diese konnte zum 01.03.2026 erfolgreich besetzt werden.

Die Fortführung aus dem Förderprogramm „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher“ für das Jahr 2026 ist aktuell ungewiss. Positiv ist, dass für die Auszubildenden der vergangenen Förderperioden die erforderlichen Förderbescheide bis zum Abschluss der Ausbildung vorliegen.

Im Jahr 2026 hat der Eigenbetrieb DeKiTa für 7 Stellen die Bewilligung erhalten, Fachpersonal bei besonderen Bedarfen gemäß § 23 KiFöG vorzuhalten. Hierdurch ist es möglich, einen höheren Fokus bei Kindern mit besonderen Bedarfen auf den Bereich der Elternarbeit aber auch auf die Zusammenarbeit mit weiteren Fachstellen legen zu können.

Ergänzend erläutert **Frau Saupe**, dass im Jahr 2026 der Ausbau der Eigenbewirtschaftung geplant ist. Explizit sollen hier Einstellungen im Wirtschaftsbereich umgesetzt werden, da die Personalkosten für beauftragte

Fremdanbieter enorme Kostensteigerungen aufzeigen. Eine Ausweisung dieser Stellen ist bereits im Stellenplan berücksichtigt worden, eine Besetzung erfolgte bislang nicht.

Frau Stadträtin Koschig hinterfragt die konkrete Umsetzung der Inbetriebnahme des Hortes „Pestalozzi“. Hierzu erläutert **Frau Saupe**, dass dieser am Standort der Schule für Lernbehinderte – Pestalozzischule errichtet wird. Zur Umsetzung dieses Vorhabens ist eine abschließende Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss erforderlich. Das Betreuungsangebot erfolgt in den Räumlichkeiten des Schulgebäudes. Da die Schule die bisherige Ganztagsbetreuung nicht mehr sicherstellen kann, entstand ein Bedarf, den der Eigenbetrieb DeKiTa durch ein Hortangebot decken soll.

Weiterhin erkundigt sich **Frau Stadträtin Koschig** zu den reduzierten Ausbildungsplätzen aufgrund der rückläufigen Kinderzahlen und der damit verbundenen Problematik, die Altersstruktur im Eigenbetrieb DeKiTa möglicherweise ins Ungleichgewicht zu bringen. **Frau Saupe** informiert, dass aufgrund der Einstellungen in den Vorjahren bereits die Anpassung der Altersstruktur erfolgt ist. Im Blick auf den demografischen Wandel, als auch die Änderung einzelner Förderprogramme ist es nicht möglich, zusätzliche Ausbildungsplätze sicherzustellen. Der derzeitige Ausbildungszuschuss der Stadt Dessau-Roßlau ermöglicht es nicht, die duale Ausbildung in Größenordnungen fortzuführen. Positiv berichtet **Frau Saupe**, dass für 2026 erstmalig die Ausbildung des Verwaltungsfachangestellten im Eigenbetrieb DeKiTa umgesetzt werden kann. Das Auswahlverfahren hierzu ist bereits abgeschlossen. **Frau Saupe** möchte allen Auszubildenden die Perspektive bieten, nach erfolgreichem Bestehen der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übergehen zu können.

Frau Stadträtin Koschig findet den Wegfall der Sprachförderkräfte äußerst bedauerlich, da offensichtlich sprachliche Förderbedarfe bestehen. Explizit hinterfragt sie, ob durch das Förderprogramm gemäß § 23 KiFöG weiterhin die Absicherung der Förderbedarfe erfolgen kann. **Frau Saupe** berichtet, dass der bisherige Förderauftrag der Sprachfachkräfte im Zuge des neuen Förderprogramms „Fachpersonal bei besonderen Bedarfen“ in diesem Umfang nicht mehr möglich ist. Um ganzheitlich den bestehenden Förderbedarfen der Einrichtungen gerecht werden zu können, erwägt der Eigenbetrieb DeKiTa in einzelnen Einrichtungen fokussiert integrativer zu werden. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sollen geschaffen werden, sodass über die Eingliederungshilfe eine Beschäftigung entsprechender Sonderpädagogen möglich ist. Die Finanzierung selbst kann durch die Sozialagentur abgesichert werden.

Auch wird aus Sicht von **Frau Stadträtin Koschig** der Wegfall des Projektes „Gesunde Ernährung“ sehr kritisch angesehen. Hier sieht sie eine erhebliche Benachteiligung der Kinder, beispielsweise im Blick auf die Essensversorgung. Auch leidet aus ihrer Sicht der Umstand der Gemeinschaftlichkeit, als auch eines gestärkten Miteinanders. **Frau Saupe** stellt klar, dass der Zuschuss nicht der

Refinanzierung der Essensversorgung diene, sondern projektbezogen eingesetzt wurde (z. B. Hochbeete, Ausstattungsgegenstände, Spielmaterialien sowie Obst- und Getränkeangebote). Eine eigenfinanzierte Bezuschussung durch den Eigenbetrieb DeKiTa ist nicht möglich. Die Anfrage an die Elternschaft, freiwillig Obst- und Gemüse bereitzustellen besteht weiterhin.

Abschließend hinterfragt **Frau Stadträtin Koschig** die Fortführung des Projektes „Spielmobil“ und ob bereits eine Entscheidung zum Antrag des Jugendhilfeausschusses vorliegt, die Trägerschaft an den K.I.E.Z e. V. zu übertragen. Zudem fragt sie, ob das Projekt im Wirtschaftsplan unter Vorbehalt gekennzeichnet werden kann. **Frau Saupe** erläutert, dass die Beschlussfassung aus dem Jahr 2023 weiterhin gültig ist und die Trägerschaft somit beim Eigenbetrieb DeKiTa verbleibt. Der Oberbürgermeister hat die Beauftragung zur Umsetzung dieses Beschlusses erteilt. Für 2024/2025 wurden aufgrund verschiedener Faktoren keine Mittel abgerufen. Eine Kennzeichnung unter Vorbehalt ist nicht möglich, da alle Beschlussfassungen im Wirtschaftsplan abzubilden sind. **Frau Stadträtin Koschig** äußert Bedenken hinsichtlich einer möglichen Doppelbeauftragung zweier Institutionen.

Frau Stadträtin Neumann bewertet die bisherige Fortführung des Projektes „Spielmobil“ als kräftezehrend und erkundigt sich nach der weiteren Vorgehensweise. **Frau Saupe** erläutert, dass ein Trägerwechsel einen formellen Aufhebungsbeschluss erfordert, bis dahin besteht die Verpflichtung, die Projektziele umzusetzen, wenngleich der Eigenbetrieb DeKiTa die Möglichkeit hat, die Mittel nicht abzurufen. **Herr Kuras** ergänzt, dass **Frau Saupe** als Betriebsleiterin zur ordnungsgemäßen Aufstellung des Wirtschaftsplans verpflichtet ist. **Frau Saupe** verweist ergänzend auf die vergleichbare Situation bei der Übertragung des Jugendklubs am Standort Roßlau, bei der die Ansätze zunächst ebenfalls im Haushalt verblieben und erst nach Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses übertragen wurden. Frau Stadträtin Neumann erkundigt sich nach dem Verbleib der Mittel bei einem Trägerwechsel auf den K.I.E.Z. e. V.; hierzu können keine verbindlichen Aussagen getroffen werden, da ein Mittelabruf in diesem Fall nicht durch den Eigenbetrieb erfolgt.

Frau Stadträtin Neumann beantragt für **Herrn Stadtrat George**, als Nichtmitglied des Betriebsausschusses DeKiTa, Rederecht. Dieses wird nach Zustimmung der Ausschussmitglieder durch den **stellv. Vorsitzenden Herrn Kuras** gewährt.

Herr Stadtrat George erfragt den Zeitpunkt der Beauftragung durch den Oberbürgermeister an **Frau Saupe**. Diese informiert, dass die Beauftragung am 10.02.2026 erfolgte. **Herr Stadtrat George** sieht darin einen erheblichen Konflikt zum ursprünglich beabsichtigten Vorgehen und gibt zu bedenken, dass Mittel im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes dem Zugriffsrecht des Jugendhilfeausschusses entzogen sind, da Eigenbetriebe ausdrücklich von dessen Mittelverteilung ausgenommen sind. **Herr Kuras** entgegnet, dass aufgrund der gültigen Beschlussfassung aus 2023 der haushälterische Ansatz im Wirtschaftsplan zwingend

abzubilden ist. **Herr Stadtrat George** betont, dass seine Kritik nicht dem Eigenbetrieb DeKiTa gilt, sondern dem Umstand, dass eine klare Zielvorgabe des Jugendhilfeausschusses bislang ohne Begründung nicht umgesetzt wird.

Zum besseren Verständnis erkundigt sich **Herr Stadtrat Rumpf**, ob die Mittel im Wirtschaftsplan 2026 aufgrund der noch gültigen Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses aus dem Jahr 2023 berücksichtigt wurden, dies wird seitens **Frau Saupe** bestätigt. **Herr Stadtrat George** ergänzt, dass eine Aufhebung des Beschlusses bisher noch nicht erfolgen konnte, da die Antragstellung dessen seit 16.12.2025 zur weiteren Bearbeitung in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters liegt und seither noch keine Entscheidung erfolgte.

Frau Stadträtin Koschig führt aus, dass in der Jugendhilfeausschusssitzung am 16.12.2025 der Wille zur Übertragung der finanziellen Mittel an den K.I.E.Z. e. V für das Projekt „Raxli faxli“ gefasst wurde. Eine Beschlussvorlage hierzu steht bislang aus, folglich konnte der beabsichtigte Beschluss noch nicht herbeigeführt werden. Sie moniert außerdem, dass es in den vergangenen zwei bis drei Jahren nicht geschafft wurde, das Projekt „Spielmobil“ fortzuführen, weil die Anschaffung eines Fahrzeuges nicht möglich gewesen ist. Sie bedauert es sehr, dass durch den K.I.E.Z. e. V die Möglichkeit grundsätzlich bestünde, das Projekt fortzuführen, jedoch aufgrund der derzeitigen Beschlusslage eine Umsetzung nicht möglich ist.

Herr Kuras macht erneut deutlich, dass aufgrund der aktuell gültigen Beschlusslage der Eigenbetrieb DeKiTa verpflichtet ist, die Ansätze im Wirtschaftsplan zu implementieren, da die Trägerschaft sowie der Umsetzungsauftrag derzeit beim Eigenbetrieb DeKiTa liegt. Dieser hat rechtlich gesehen lediglich die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen.

Frau Stadträtin Marx beantragt für **Herrn Stadtrat Hoffmann**, als Nichtmitglied des Betriebsausschusses DeKiTa, Rederecht. Dieses wird nach Zustimmung der Ausschussmitglieder durch den **stellv. Vorsitzenden Herrn Kuras** gewährt.

Herr Stadtrat Hoffmann erläutert, dass am 16.12.2025 ein Beschlussvorschlag gefasst wurde, der die Verwaltung beauftragte, den Förderantrag des K.I.E.Z. e. V. für das Projekt „Zirkusmobil des Kinder- und Jugendzirkus Raxli faxli“ zu prüfen sowie eine Beschlussvorlage für die Jugendhilfeausschusssitzung am 12.02.2026 vorzubereiten. Da die Verwaltung dieser Beauftragung bislang nicht nachgekommen ist, hat die Beschlussfassung aus 2023 weiterhin ihre Gültigkeit. Er weist darauf hin, dass die Fortführung des „Spielmobils“ trotz stets vorgehaltener Personalressourcen an der fehlenden Fahrzeuganschaffung scheiterte, da das genutzte Fahrzeug im Eigentum des Urbanistischen Bildungswerk e. V. liegt und eine Übernahme durch den Eigenbetrieb DeKiTa nicht möglich war. Eine von ihm gestellte Anfrage zur Fahrzeugfinanzierung für den K.I.E.Z. e. v. ist bislang unbeantwortet. Er kritisiert den Eindruck, dass beide Projektvorhaben gegeneinander ausgespielt werden, und merkt an, dass die Zielgruppen beider Projekte voneinander abweichen. **Herr Kuras** stellt klar, dass die Zielgruppenfrage nicht Gegenstand des Wirtschaftsplans ist. **Herr Stadtrat Hoffmann** bekräftigt, dass seine Kritik nicht formellen Fehlern im

Wirtschaftsplan gilt, sondern dem Eindruck, dass der Betriebsausschuss fehlgeleitet werden soll.

Zusammenfassend trägt **Herr Kuras** die bereits argumentierten Besorgnisse vor. Des Weiteren erläutert er, dass die Thematik „Spielmobil“ und die beabsichtigte Änderung der derzeit noch gültigen Beschlussfassung Aufgabe des Jugendhilfeausschusses ist. **Frau Saupe** merkt an, dass sicher eine Antragstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Umsetzung des „Zirkusmobil des Kinder- und Jugendzirkus Raxli faxli“ möglich ist und somit über die finanziellen Mittel der Haushaltsstelle des Eigenbetriebes DeKiTa verfügt werden können. Hier merkt **Herr Stadtrat George** an, dass dies äußerst schwierig erscheint, da durch die Stadt Dessau-Roßlau eine Haushaltssperre verhängt wurde.

Herr Stadtrat George greift den Vorschlag von **Frau Stadträtin Koschig** auf und bittet, dass Vorhaben „Spielmobil“ im Wirtschaftsplan unter Vorbehalt zu setzen, um so einen möglichen Handlungsspielraum zu schaffen. **Herr Kuras** begründet, dass dies nicht Zielsetzung des Wirtschaftsplanes 2026 ist, da die Verpflichtung besteht alle Vorhaben und deren Ansätze entsprechend aufzuzeigen. Abschließend merkt **Herr Stadtrat George** an, dass eine Verfügung des Haushaltsansatzes aufgrund dessen unmöglich sein wird. Die Umsetzung eines erforderlichen Nachtragshaushaltes sieht er aufgrund der aktuellen Situation ebenfalls schwierig. Sicher ist weiterhin für ihn, dass auch derzeit die Anschaffung des benötigten Fahrzeuges nicht vollzogen werden kann.

Herr Stadtrat Rumpf hinterfragt explizit die Möglichkeit, ob unterjährig eine Änderung des Wirtschaftsplanes möglich wäre, sollte sich die aktuelle Beschlusslage im Blick auf das „Spielmobil“ ändern. **Frau Saupe** informiert diesbezüglich, dass eine Änderung nur erforderlich ist, wenn Veränderungen eine Abweichung von mind. 5 Prozent zur Folge haben; dies ist beim aktuellen Ansatz von 140 T€ nicht der Fall. Eher ist zu betrachten, dass der Ansatz für das „Spielmobil“ ebenfalls im Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau dem Eigenbetrieb DeKiTa zugewiesen ist. Zur Richtigkeit merkt sie zudem an, dass die Umsetzung vorbehaltlich der Anschaffung eines Fahrzeuges ist.

Für **Herrn Stadtrat Hoffmann** sind Gründe für die aktuelle Konkurrenzsituation die vorangegangenen Diskussionen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung als auch im Jugendhilfeausschuss. Auch hier merkt er erneut an, dass die Zielgruppendiskussion für ihn zum jetzigen Stand noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Die Bemühungen des Eigenbetriebes sind vorhanden, eine Umsetzung ist aufgrund verschiedener Faktoren bislang nicht realisierbar gewesen. Den derzeitigen Umgang mit beiden Projektpartnern moniert er zutiefst. Die Schuld, für die aktuell bestehende Problematik liegt keinesfalls beim Eigenbetrieb DeKiTa.

Herr Kuras hinterfragt bei den Ausschussmitgliedern, ob es zur Beschlussvorlage Wirtschaftsplan 2026 weitere Fragen gibt.

Frau Stadträtin Neumann begrüßt in diesem Zusammenhang die Schaffung des Verwaltungsausbildungsplatzes sehr. Weiterhin erkundigt sie sich nach dem aktuellen Stand der noch nicht vollständig erfolgten Installation der Sanitäranlagen-Spende für die Kita „Fuchs und Elster“. **Frau Saupe** erläutert, dass die Umsetzung dieses Vorhabens im Ansatz des baulichen Unterhalts im Wirtschaftsplan berücksichtigt wurde. Ende 2025 wurde zur Umsetzung dessen eine Ausschreibung getätigt, aufgrund mangelnder Angebote und eines vorliegenden Angebotes, welche eine enorme Kostensteigerung aufzeigte, wurde die Ausschreibung entsprechend aufgehoben. Aufgrund der aktuellen satzungslosen Zeit, ist weder eine Neuausschreibung noch eine Auftragsvergabe möglich. **Frau Stadträtin Neumann** bedankt sich beim Eigenbetrieb DeKiTa für die stets gute und transparente Kommunikation.

Weiterhin hinterfragt **Frau Stadträtin Neumann** explizit die Zusammensetzung des Personalrates. **Frau Saupe** erörtert, dass aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der Unternehmensgröße ein Anspruch auf eine Vollzeitstelle besteht. Der Personalrat entschied sich seinerzeit dafür, diesen Anspruch auf insgesamt 4 Personalratsmitglieder aufzuteilen. Bei der Umsetzung der Freistellung hat der Träger keine Einflussnahme.

Frau Stadträtin Grünthal hinterfragt konkret den Zuschuss und die Verwendung zum Projekt „Gesunde Ernährung“. **Frau Saupe** erläutert, die Umsetzung einzelner Maßnahmen erfolgte nach Antragstellung der Einrichtungen gegenüber dem Jugendamt. Folglich konnten neben der Bereitstellung von Obst- und Gemüseangeboten ebenfalls Ausstattungsgegenstände angeschafft und Projekte realisiert werden. Eine Fortführung dieser Bezuschussung ist aufgrund der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht vorgesehen.

Durch **Herrn Stadtrat Hoffmann** wird der aktuelle Stand zum beabsichtigten Bauvorhaben der Kita „Mildenseer Spielbude“ hinterfragt. Seiner Kenntnis nach wurde dieses Projekt bislang aufgeschoben. Seine Frage bezieht sich darauf, ob mit einem Fortgang des Bauvorhabens gerechnet werden kann. Des Weiteren erkundigt er sich nach dem zeitlichen Rahmen für die noch nicht abgeschlossenen Entgeltvereinbarungen. **Frau Saupe** informiert, dass die Finanzierung dieses Bauvorhabens aus dem Sondervermögen der Stadt Dessau-Roßlau möglich ist. Demnach geht der Eigenbetrieb DeKiTa davon aus, dass eine Fortführung im Blick auf das Bauvorhaben in diesem Jahr möglich ist. Ab einem Volumen von 600 T€ besteht die Verpflichtung einen Wirtschaftlichkeitsvergleich aufzustellen, dies ist mit den aktuellen Informationen der Leistungsphase 2 nicht in vollem Umfang möglich. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist derzeit nicht erkennbar, welche Kosten konkret den energetischen Bereich umfassen. Der Auftrag seinerzeit war, ein Nullenergiehaus zu bauen. Daher wird geprüft, inwieweit bereits die Leistungsphase 3 ausgeschrieben werden kann, um den Wirtschaftlichkeitsvergleich aussagekräftig genug erstellen zu können. Hierzu soll gemeinsam mit der Stadt Dessau-Roßlau ein Gespräch zur Entscheidung des weiteren Vorgehens erfolgen.

Bezüglich der Nachfrage zu den noch offenen Entgeltverhandlungen erläutert **Frau Saupe**, dass aufgrund der personellen Situation Antragstellungen bislang nicht fristgerecht erfolgen konnten, wodurch Fehlbedarfsfinanzierungen gemäß § 12b KiFöG entstanden. Mit Schaffung und Besetzung der Stelle Sachbearbeiter Entgeltvereinbarung / Controlling zum 01.03.2026 blickt **Frau Saupe** optimistisch in die Zukunft, dass künftig Verhandlungen und Antragstellungen fristgerecht und rechtskonform umgesetzt werden können. Zur Umsetzung dessen ist auch die Personalsituation im Jugendamt ausschlaggebend. Ergänzend hierzu bestätigt **Herr Stadtrat George**, dass die aktuelle personelle Situation im Jugendamt kritisch ist und es daher zu Verzögerungen von Abarbeitungsprozessen kommt.

Herr Stadtrat George hinterfragt konkret die beabsichtigte Inbetriebnahme des Hortes „Pestalozzi“ und die durch **Frau Saupe** im Vorfeld gegebene Information, dass hierfür eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss erforderlich ist. Er ist der Auffassung, dass lediglich eine Änderung des Teilplans erfolgen muss, da für die Errichtung einer Außenstelle keine gesonderte Beschlussfassung herbeigeführt werden muss. **Frau Saupe** bezieht sich hierbei auf die Aussage des Jugendamtsleiters, welche eine Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss mitteilte. Weitere Fragestellungen diesbezüglich verweist sie an die zuständige Stelle.

Aufgrund der bereits vorangegangenen Ausführungen beabsichtigt **Frau Stadträtin Neumann** eine Enthaltung zum Tagesordnungspunkt. Dies ist keinesfalls an den Eigenbetrieb DeKiTa gerichtet, vielmehr möchte sie vor der Stadtratssitzung noch konkrete Gespräche zum Projekt „Spielmobil“ führen.

Abschließend äußert **Frau Stadträtin Perl** ihr Unbehagen zum aktuellen Stand des Weiterbetriebes des „Spielmobil“. Ihre Erwartungshaltung, eine Lösung zu dieser Thematik zu finden, geht federführend an die Verwaltung der Stadt Dessau-Roßlau. Hier erwartet sie in ihrer Funktion als ehrenamtliches Stadtratsmitglied bei strategischen Entscheidungen involviert zu werden. Die momentane Ausgangslage ist unbefriedigend für alle Beteiligten.

Nachdem keine weiteren Fragen seitens der Ausschussmitglieder vorgebracht werden, stellt **Herr Kuras** die Beschlussvorlage BV/166/2025/IV-DKT zur Abstimmung:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes DeKiTa für das Wirtschaftsjahr 2026 wird gemäß Anlage 2 und 3 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 2

- 7 Öffentliche Anfragen und Informationen**
- 7.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA**
Vorlage: BV/365/2025/IV-DKT

Die Vorlage wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

7.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/375/2025/IV-DKT

Die Vorlage wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

7.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/377/2025/IV-DKT

Die Vorlage wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

7.4 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/001/2026/IV-DKT

Die Vorlage wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

7.5 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/009/2026/IV-DKT

Frau Stadträtin Neumann hinterfragt, weshalb zu einem Ereignis zwei Positionen in der Anlage aufgeführt sind. **Frau Saupe** erläutert, dass es sich hierbei um zwei verschiedene Projekte handelt und bedankt sich zugleich für den vorgebrachten Hinweis, welcher bei künftigen Vorlagen Berücksichtigung finden wird.

Die Vorlage wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

7.6 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Ergänzend zur Anfrage der **Stadträtin Frau Perl** in der Betriebsausschusssitzung vom 09.12.2025 erläutert **Frau Saupe** konkret die Gesamtforderungen im Jahr 2025 wie folgt: Gesamtforderungsvolumen i. H. v. 138 T€ (insgesamt 505 Schuldner), davon in der Vollstreckung 85,7 T€ (insgesamt 92 Schuldner) – dies entspricht einer Quote von 62 %. Alle weiteren Forderungen werden tagaktuell im Bereich Forderungsmanagement bearbeitet. Die niedrigste Schuldenhöhe beläuft sich auf 5,00 €, wobei die Höchstsumme bei 1.400,00 € liegt. Folgende Ratenzahlungsvereinbarungen wurden getroffen:

- 2025 4 Ratenzahlungsvereinbarungen
- 2024 13 Ratenzahlungsvereinbarungen
- 2023 10 Ratenzahlungsvereinbarungen

Darüber hinaus wurden im Jahr 2024 insgesamt 27 Ausschlüsse geplant, wovon 16 abgewendet werden konnten. Tatsächlich vollzogen wurden 11 Ausschlüsse. Ausschlüsse wurden vollzogenen, wenn mind. 2 Ratenzahlungsvereinbarungen nicht beglichen wurden. Im Jahr 2025 fand dieses Verfahren keine Anwendung mehr, da hier aus Sicht des Jugendamtes ein Verstoß zum Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gemäß KiFöG vorliegt. Folglich erfolgte keine Anwendung mehr der bisherigen Nutzungssatzung. In allen Fällen erfolgte durch den Eigenbetrieb DeKiTa stetig eine Beratung der Eltern zu möglichen Ermäßigungsansprüchen.

Frau Stadträtin Grünthal hinterfragt explizit, wie viel Prozent der Einrichtung derzeit eine Vollverpflegung in Anspruch nehmen. **Frau Saupe** führt aus, dass derzeit in den Einrichtungen „Märchenland“, „Farbkleckse“, „Kinderland“, „Luisenkinder“, „Sausewind“, „Spielhaus“ und „Pustebume“ eine Ganztagsversorgung vorgehalten wird. Hierbei ist zu differenzieren, dass die Ganztagsversorgung im Warenkorbmodell oder durch die Anlieferung von fertig geschmierter Früh- und Vesperversorgung erfolgen kann. Explizit erkundigt sich **Frau Stadträtin Grünthal** nach der Qualität im Blick auf den Gesundheitsaspekt. **Frau Saupe** erläutert ergänzend, dass im Rahmen des Warenkorbmodells die Einrichtungen anhand einer „Einkaufsliste“ die einzelnen Lebensmittelkomponenten aussuchen und für ihre Einrichtung, abgestimmt auf die Bedürfnisse aller, bestellen. Durch die Bereitstellung der Ganztagsversorgung im Warenkorbmodell entstehen zusätzliche Kosten im Wirtschaftsbereich. Um diese abfedern zu können, beabsichtigt der Eigenbetrieb DeKiTa mit Änderung der Nutzungssatzung (Inkrafttreten ab 01.08.2026) eine sogenannte Servicepauschale für die Eltern aufzuerlegen. Aufgrund der bevorstehenden Änderung wurde sich für eine Verlängerung des bestehenden Vertrages zur Speiseanlieferung bis zum 31.07.2026 ausgesprochen. **Frau Stadträtin Grünthal** bietet an, die Einrichtungen bei Fragen im Blick auf eine „Gesunde Ernährung“ zu unterstützen. Gleichfalls lädt **Frau Saupe** alle Ausschussmitglieder ein, an der Küchenkommission zur Auswertung der vorliegenden Angebote im Blick auf die Neuvergabe der Essenversorgung ab 01.08.2026, teilzunehmen.

Herr Stadtrat Hoffmann erkundigt sich abschließend zum Thema Sprachfachkräfte. Die Schuleingangsuntersuchungen zeigen deutlich, dass Kinder bereits im frühkindlichen Alter umfangreiche Förderbedarfe aufzeigen. Explizit hinterfragt er, inwieweit das sogenannte „Düsseldorfer Modell“ angewandt werden könnte. Frau Saupe führt entsprechend aus, dass bereits erste Überlegungen zur Anwendung dieses Modells begutachtet wurden. Derzeit befindet sich der Eigenbetrieb DeKiTa im Qualitätsprozess, wobei Beobachtungs- und Dokumentationsbögen den aktuellen Bedingungen angepasst werden sollen. Die aktuelle Entwicklungsbeobachtung „Grenzsteine der Entwicklung“ zeigen auf, dass die Beobachtungsdokumentationen in vielen Bereichen nicht zielführend sind. Daher ist das Bestreben des Eigenbetriebes hier geeignete Methoden zu finden, um Eltern frühzeitig mitzunehmen, wenn gesonderte Förderbedarfe ersichtlich werden. Ergänzend hierzu beabsichtigt der Eigenbetrieb DeKiTa eine Kooperation mit dem Behindertenverband Dessau e. V., da hier gewinnbringend von umfangreichen Erfahrungen im Bereich der Frühförderung profitiert werden kann. Die Wartezeiten im Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) belaufen sich durchaus auf bis zu 2 Jahre, bis eine Diagnose gestellt

wird. Die unter Umständen auch resultierenden Verhaltensauffälligkeiten führen zu zusätzlichen Belastungssituationen für die pädagogischen Fachkräfte. Die personelle Aufstellung im Eigenbetrieb DeKiTa umfasst Heilpädagogen und andere Therapeuten, die eine Umsetzung dessen durchaus möglich machen können. Allein durch den derzeitigen Personalschlüssel ist eine gesonderte Betreuung und Förderung nicht möglich.

9 Schließung der Sitzung

Herr Kuras schließt die Sitzung des Betriebsausschusses DeKiTa um 17:44 Uhr.

Dessau-Roßlau, 13.08.26

Steffen Kuras
stellvertretender Vorsitzender des Betriebsausschusses
Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten

J. Neumann
Schriftführerin